

Frankreich hilft jetzt nur noch eine Schocktherapie

Von Frank Stocker | Stand: 21.03.2017 | Lesedauer: 5 Minuten

Eine Rangliste der Euro-Länder fällt gleich für zwei Länder verheerend aus: Frankreich und Italien sind weit abgeschlagen. Deutschland landet auf Platz 1. Doch eine Sache macht den Ökonomen Sorgen.

Spanien? Erlebt einen fulminanten Wachstumsschub. Griechenland? Hat endlich die Wende geschafft. Deutschland? Floriert ohnehin. Europa erlebt derzeit seine wirtschaftliche Auferstehung, nicht zuletzt getrieben durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Doch zwei Ländern hilft nicht einmal das: Italien und Frankreich. Sie stagnieren und fallen immer weiter zurück.

Das zeigt nun auch der sogenannte Euro-Monitor, den der Versicherungskonzern Allianz alljährlich veröffentlicht. Dabei handelt es sich um einen Indikator, der auf der Basis von 20 Komponenten misst, wie gut die Länder der Euro-Zone wirtschaftlich dastehen. Deutschland belegt im aktuellen Ranking, das am Dienstag veröffentlicht wurde, Platz 1 – wie schon im Vorjahr.

Wo liegen die Probleme?

Wirtschaftliche Stärken und Schwächen

ITALIEN

Stärken: Private Verschuldung

Schwächen: Staatsfinanzen und Beschäftigung & Produktivität (EWU-Schlusslicht)



FRANKREICH

Stärken: Entwicklung der Lohnstückkosten, Investitionstätigkeit

Schwächen: Anteil am Welthandel, Unternehmensverschuldung



WELT

Quelle: Allianz

Quelle: Infografik Die Welt

Italien und Frankreich dagegen sind in diesem Jahr auf die beiden letzten Plätze abgerutscht. Selbst Griechenland steht inzwischen besser da. Und das ist beunruhigend, schließlich sind damit zwei der größten Länder zu einer schweren Belastung für die EU geworden.

Irland und Spanien haben aufgeholt

Der Euro-Monitor schaut bewusst nicht nur auf das aktuelle Wirtschaftswachstum, sondern bezieht auch eine Reihe weiterer Statistiken mit ein – von der Arbeitsproduktivität über die Exportstärke oder das Leistungsbilanzsaldo bis hin zur staatlichen und privaten Schuldenlast. „Ziel ist es, die Ausgewogenheit und die Stabilität des Wachstums zu messen“, sagt Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz. Denn nur das garantiert langfristigen wirtschaftlichen Erfolg und damit letztlich auch die Stabilität der Euro-Zone.

Viele Länder haben in dieser Hinsicht in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Irland beispielsweise belegte noch 2011 Rang 18 von 19, inzwischen steht es immerhin auf dem zehnten Platz. Auch Spanien hat sich vom 15. auf den 12. Rang verbessert, und selbst Griechenland und Zypern sind nun nicht mehr ganz am Ende der Liste zu finden, sondern aktuell Nummer 15 und 16.

Abgelöst wurden sie von Frankreich, das seit 2011 vom 12. auf den 18. Rang fiel, und Italien, das sich von 14 ebenfalls auf Platz 18 verschlechterte. Beide Länder kommen beim Rating auf 5,4 Punkte – im Falle Italiens ist das zwar sogar eine leichte Verbesserung gegenüber den 4,9 Zählern von 2011. Doch fast alle anderen Länder haben sich seither deutlich stärker verbessert, so dass Italien im Vergleich zu den anderen dennoch zurückfiel. Ganz zu schweigen von Frankreich, dessen Wert seit 2011 stagniert.

Euro-Monitor Rating 2016

Indikator wirtschaftlicher Stärke auf Basis von 20 Komponenten

1 Deutschland	8,1	6 Malta	6,9	15 Griechenland	6,0
2 Niederlande	7,5	9 Österreich	6,8	16 Zypern	5,9
3 Slowenien	7,2	10 Irland	6,7	16 Portugal	5,9
4 Slowakei	7,1	11 Litauen	6,6	18 Frankreich	5,4
5 Luxemburg	7,0	12 Spanien	6,4	18 Italien	5,4
6 Estland	6,9	13 Belgien	6,1		
6 Lettland	6,9	13 Finnland	6,1		

WELT

Quelle: Allianz

Quelle: Infografik Die Welt

Am frappierendsten ist der Absturz bei einer der wichtigsten Komponenten des Indikators, der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. „Hier weisen Länder wie Portugal, Griechenland und Zypern inzwischen recht gute Werte auf, liegen nahe bei Deutschland“, sagt Heise. Nicht so dagegen Frankreich und Italien. Beide sind bei der Konkurrenzfähigkeit weit abgeschlagen.

Ein verlorenes Jahrzehnt für Frankreich

Das Problem der beiden Länder ist, dass sie die vergangenen Jahre nicht für entschiedene Reformen genutzt haben, obwohl die Politik der EZB seit langem vor allem darauf zielt, den Staaten Zeit zu kaufen, um Reformen anzupacken. „Doch in Italien und Frankreich verlässt man sich offenbar darauf, dass die EZB die Kohlen aus dem Feuer holt“, sagt Heise. Er stellte fest, dass die Bemühungen umso mehr nachgelassen haben, je stärker die EZB durch Anleihenkäufe den Druck aus dem Kessel nahm.

„Für Frankreich war die letzte Dekade ein verlorenes Jahrzehnt“, sagt auch Ludovic Subran, Chefvolkswirt des Kreditversicherers Euler Hermes in Paris. „Es wurden zwar viele Reformen angekündigt, aber nur wenige wirklich durchgeführt.“ Das Ergebnis ist verheerend: Frankreichs Unternehmen sind international kaum mehr wettbewerbsfähig, und das Land wies im vergangenen Jahr ein Handelsbilanzdefizit von rund 50 Milliarden Euro auf.

Eine neue Regierung müsse dafür sorgen, dass Frankreichs Unternehmen wieder mehr exportieren können, fordert Subran. Dazu müsse der Arbeitsmarkt reformiert werden, die Kosten müssten sinken und die Firmen Anreize bekommen, um sich zu internationalisieren. Zudem müsse die extrem hohe Staatsquote von rund 50 Prozent zurückgefahren werden. „Eigentlich hilft nur noch eine Schocktherapie“, sagt Subran. Für den Fall, dass Emmanuel Macron im April die Präsidentschaftswahlen gewinnt, sieht er immerhin gute Chancen.

Deutschland sollte mehr investieren

Auch in Italien ist es der Reformstau, der das Land im Ranking so weit abstürzen ließ. Und auch hier wirkt er sich vor allem auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus. Ihr Anteil am Welthandel ist in den letzten Jahren um rund zehn Prozent zurückgegangen, obwohl der niedrige Euro-Kurs eigentlich beste Bedingungen für eine Ausweitung der Exporte bot. „Die Liste dessen, was in Italien getan

werden müsste, ist lang“, sagt Heise und nennt als Beispiele die Öffnung einzelner Branchen, Privatisierungen, die Reform der öffentlichen Verwaltung und eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes.

Deutschland steht zwar unangefochten auf dem ersten Platz des Rankings. Doch auch dieser Rang ist nicht in Stein gemeißelt, einige Bereiche bereiten den Ökonomen durchaus Sorgen. Heise bemängelt vor allem die geringe Investitionstätigkeit. „Die Investitionsquote liegt sogar unter der von Frankreich.“ Gefordert seien in dieser Hinsicht sowohl der Staat als auch die Privatwirtschaft. Gerade letztere steht für Heise aber im Fokus. „Private Investitionen sind zehn Mal wichtiger als staatliche.“

Denn der Staat scheint in diesem Bereich an Grenzen zu kommen, zuletzt wurden sogar bewilligte Gelder nicht ausgegeben, weil der Verwaltung schlicht die Kapazitäten für Planung und Durchführung von Projekten fehlten. Heise fordert daher eine Steuerreform, die Unternehmen mehr Anreize für Investitionen bietet. Darüber hinaus müsse Deutschland mehr in Bildung und Ausbildung investieren, um vor allem den Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiteten, eine Perspektive zu bieten. Nur so sei gesichert, dass Deutschland auch künftig an der Spitze des Rankings bleibt.

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/163044796>